

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
200 · Ausgabe CH · Juli 2022
AZB 3001 Bern



Nein zu den AHV-Vorlagen!

Warum es nicht Gleichberechtigung ist, wenn auch Frauen bis 65 arbeiten müssen. Seite 4

180 TAGE OLAF SCHOLZ

Seit einem halben Jahr ist Olaf Scholz im Amt. Wie schlägt sich der SPD-Kanzler in einer Welt, die heute eine ganz andere ist als zum Zeitpunkt der Wahl? Versuch einer Zwischenbilanz. Seite 8

ES DROHT EINE HUNGRERSNOT

Zynismus pur: Während das bürgerliche Parlament hemmungslos Milliarden für die Aufrüstung bewilligt, gibt es für die Hungernden nur Brosamen – oder manchmal nicht einmal das. Seite 13

Liebe Genoss:innen, werte Sympathisant:innen,
alle dazwischen und darüber hinaus



Letzte Woche wurde Realität, was sich seit Wochen abgezeichnet hatte. In den USA kippte der oberste Gerichtshof das Urteil «Roe v. Wade», das vor fast 50 Jahren die Fristenlösung im ganzen Land legalisiert hatte. In der Hälfte der Bundesstaaten dürfen nun schwangere Frauen nicht mehr selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden. Selbst bei Vergewaltigung oder Inzest zählt das Leben eines Fötus mehr als das Leben der Mutter, die zur Austragung gezwungen wird.

Fast zeitgleich feiern wir in der Schweiz 20 Jahre Fristenlösung. Damals, im Juni 2002, stimmten über 70 Prozent der Vorlage zu, die von der SP angestossen worden war. Endlich war der Schwangerschaftsabbruch im ersten Trimester in der Schweiz legal. Yvonne Feri beschreibt in ihrem Artikel auf Seite 6, was damals Sache war – und wie auch in der Schweiz der Druck auf die Frauen wieder zunimmt.

So verlangen SVP und EDU in einer Initiative, dass Frauen den Abtreibungsentcheid mindestens eine Nacht lang überdenken müssten. Diese frauenfeindlichen Kreise wollen den Leuten weismachen, dass eine Schwangere einfach so aus einer Laune heraus abtreiben würde! Wer je vor einer solchen Entscheidung stand, weiss, dass dem nicht so ist.

Was hat das eine mit dem anderen zu tun (abgesehen davon, dass der Kulturkampf in den USA gesellschaftspolitische Auswirkungen auf Europa hat)? Es kommt darauf an, welche Namen und welche Partei man auf den Wahlzettel schreibt! Es ist wichtig, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen.

Donald Trump kam seinerzeit zwar rechtmässig, aber mit weniger Wählerstimmen als Hillary Clinton an die Macht. Er war es, der drei konservative Richter nominierte, die nun im Obersten Gericht die Mehrheit stellen und Urteile wie «Roe v. Wade» kippen.

In der Schweizer Abstimmung zur Fristenlösung betrug die Stimmbeteiligung knapp 42 Prozent. An den letzten nationalen Wahlen legten bloss 45 Prozent der Wahlberechtigten einen Zettel in die Urne.

Setzen wir also alles daran, im Herbst 2023 möglichst viele Menschen für die National- und Ständeratswahlen zu mobilisieren! Es steht einiges auf dem Spiel.

Es grüsst euch solidarisch
Pia Wildberger

INHALT

- 4 Das Leben unserer Mütter, Tanten und Nachbarinnen**
Warum die Gleichstellung nicht Realität wird, indem die Frauen bis 65 arbeiten
- 5 Erfolg für Prämien-Entlastungs-Initiative**
Der indirekte Gegenvorschlag klingt gut, doch muss er noch durch den Ständerat
- 6 20 Jahre Fristenlösung**
Dank der SP können Frauen heute selbstbestimmt entscheiden
- 7 Sexualstrafrecht: Nur Ja heisst Ja!**
Der Ständerat entschied sich für «Nein heisst Nein», aber wir geben nicht auf
- 8 180 Tage Olaf Scholz – eine Zwischenbilanz**
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Hungersnot wegen Ukrainekrieg**
Zynismus pur: Für die Armee gibt's Geld, für die Hungernden nicht
- 14 Wie weiter in der Europa-Politik?**
Der Parteirat verabschiedet die Leitlinien zur Europapolitik
- 15 Service Citoyen: Eine Initiative zum Vergessen**
Warum die SP die Initiative ablehnt
- 16 Kochen fürs Klima im Weingarten in Steckborn**
Klimafreundliche Küche mit Fisch
- 17 Wie man seine Werte weitergeben kann**
Unsere neue Testaments-broschüre
- 18 5 Fragen an Neumitglied Yvonne Ribi**
- 19 Anlässe der SP Schweiz und von Movendo**



Kaufkraft: Durchbruch in Bern

In der Sommersession ist der SP-Fraktion ein Durchbruch gelungen. Zusammen mit der Mitte einigten sich unsere Vertreter:innen auf eine Anpassung der AHV- und IV-Renten an die aktuelle Teuerung sowie auf eine deutliche Erhöhung der Prämientlastung für das nächste Jahr. Das ist ein ausserordentlicher Erfolg. In Bundesbern verfügen die Bürgerlichen über die Mehrheit, und die Vorschläge der SP werden sehr häufig blockiert.

Dank der Unterstützung der Mitte haben wir für unsere zentralen Forderungen eine Mehrheit im Parlament und können noch vor Ende Jahr die Kaufkraft von Hunderttausenden von Renter:innen, Familien und Geringverdienenden schützen. Denn wegen des Ukraine-Kriegs und den Preiserhöhungen für Treibstoff steigt die Teuerung derzeit rasant. Wir alle spüren es im Portemonnaie. Kommt hinzu: Nächstes Jahr steigen die Krankenkassenprämien deutlich, und viele Mieter:innen werden höhere Mietnebenkosten bezahlen müssen. Eine finanzielle Entlastung ist darum dringend nötig.

Meilenstein für die Gletscher-Initiative



Die Gletscherinitiative will die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2050 auf Netto Null senken. Dieses Ziel wird im indirekten Gegenvorschlag, wie er in der Sommersession diskutiert wurde, ins Gesetz aufgenommen, einschliesslich Zwischenziele. Zudem werden Massnahmen zur Dekarbonisierung grosszügig und wirksam gefördert – ein Meilenstein auf dem Weg zu einer fossilfreien Zukunft. Erfreulich ist besonders das Ja zum Programm zum Ersatz von Öl- und Gasheizungen, das von der SP eingebracht und vorangetrieben wurde. Jährlich sollen 200 Millionen Franken zusätzlich in die Gebäudeprogramme der Kantone fließen, damit fossile Heizungen zügig und sozialverträglich ersetzt werden. Insgesamt wird der indirekte Gegenvorschlag der Dringlichkeit der Klimakrise gerechter als die Volksinitiative, da er schneller wirkt. Nun ist der Ständerat an der Reihe.

Nicola Siegrist ist neuer JUSO-Präsident



Die JUSO hat einen neuen Präsidenten. Der Zürcher Nicola Siegrist (25) übernimmt von Ronja Jansen (27) die Leitung der grössten Schweizer Jungpartei. Nicola hat sich vor zwei Wochen mit 155 zu 105 Stimmen gegen den Genfer Thomas Bruchez durchgesetzt. Er studiert Geografie und Raumplanung an der Uni und ETH Zürich und vertritt die SP und die JUSO seit drei Jahren im Zürcher Kantonsrat. Als erstes Projekt will Nicola Siegrist die «Initiative für eine Zukunft» anpacken, die die JUSO im August lancieren wird. Sie verlangt eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Erbschaften über 50 Millionen Franken. Die Jungpartei will mit den resultierenden Mehreinnahmen die Grundlage für eine sozial gerechte Klimapolitik schaffen. «Wir müssen die Gesamtwirtschaft umbauen, und dafür bezahlen müssen jene, die vom zerstörerischen System am meisten profitiert haben», sagt Nicola Siegrist dazu.

Ein Gewerbeverein für alle

Seit 2019 setzt sich der Gewerbeverein auf nationaler und regionaler Ebene für progressive Unternehmer:innen ein. Er trägt die Stimmen jener über 350 kleinen und mittleren Unternehmen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, die nachhaltig wirtschaften, ökologisch denken und sozial handeln wollen. Bislang konnten jedoch bloss Unternehmen Mitglied des Vereins werden. Das hat sich geändert: Neu sind auch Sympathisant:innen willkommen, die den Verein unterstützen. Sie verfügen über kein Stimmrecht, doch profitieren sie von den Angeboten, die sonst den Mitgliedern vorbehalten sind.

Hier geht's lang zur Mitgliedschaft:

→ [dergewerbeverein.ch](https://www.dergewerbeverein.ch)

Das Leben unserer Mütt und unserer Nachbarinn

Mehr bezahlen, weniger bekommen? Nein! Wir wehren uns gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. Denn Gleichstellung geht anders.

Als junge Frau und linke Politikerin werde ich in Debatten zur Altersvorsorge immer wieder mit zwei Fragen konfrontiert. Erstens, ob es mich nicht ärgere, die Rente der jetzigen Pensionierten zu finanzieren. Und zweitens, ob Gleichstellung nicht auch gleiches Rentenalter für Frau und Mann bedeuten müsste.

Ich bin diese Fragen leid. Weil so Generationen und Geschlechter gegeneinander ausgespielt werden. Zum Generationenkonflikt: Es ist

doch klar, dass ich auch als 34-jährige möchte, dass unsere Eltern und Grosseltern in Würde alt werden. Nur die AHV kann dies garantieren. Sie bildete im 20. Jahrhundert die gemeinschaftliche, generationenübergreifende Antwort auf die Existenznot eines grossen Teils der Bevölkerung.

Und sie hat die erwerbstätige Generation von der Verantwortung entlastet, für die eigenen Eltern aufkommen zu müssen!



Mattea Meyer,
Co-Präsidentin

Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das Versprechen der Bundesverfassung endlich Realität wird: eine existenzsichernde AHV. Der Rentenabbau steht da völlig quer in der Landschaft. Vor allem, weil das Preis-Leistungs-Verhältnis der AHV unschlagbar ist. Dank ihrer solidarischen Finanzierung kommt sie allen Menschen zugute und verbessert insbesondere die Situation von Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen.

Weniger als 3000 Franken Rente

Der heraufbeschworene Generationenkonflikt ist aber auch aus



er, Tanten en

einem anderen Grund verfehlt. Meine Generation kann ihr Leben mit Erwerbstätigkeit und Kindern nicht zuletzt dank Eltern führen, die zu den Enkelkindern schauen. Jedes dritte Kind unter 13 Jahren wird von Grosseltern mitbetreut. Ohne diese Betreuungsarbeit wäre die Wirtschaft längst zusammengebrochen, der Fachkräftemangel würde nochmals massiv verschärft.

Und nun zum «Gleichstellungs»-Argument. Ein paar Zahlen: Jede vierte Frau hat nur die AHV. Jede neunte Frau muss direkt nach der Pensionierung Ergänzungsleistungen beziehen. Jede zweite Frau erhält weniger als 3000 Franken Rente, inklusive Pensionskasse. Das sind nicht nur Zahlen in einer Statistik. Es ist das Leben unserer Mütter, Tanten, Schwestern, Freundinnen, Nachbarinnen.

Frühpensionierung nur für Gutbetuchte

Viele von ihnen haben ein Leben lang hart gearbeitet, ohne externe Kinderbetreuung, dafür mit viel unbezahlter oder schlecht entlohnter Arbeit. Viele von ihnen sind erschöpft vom jahrzehntelangen Jonglieren zwischen Job, Kinderbetreuung und Haushalt. Und jetzt sollen sie mehr einzahlen und dafür ein Jahr länger arbeiten. Worauf jede Frau verzichten muss: 26 000 Franken.

Am meisten trifft diese bürgerliche Arroganz Frauen mit harten Jobs

und tiefen Löhnen, die sich keine Frühpensionierung leisten können. Als Feministin, junge Frau und Tochter bin ich nicht bereit zu akzeptieren, dass diesen Frauen einmal mehr der Respekt verwehrt wird, für den sie ihr ganzes Leben lang gekämpft haben.

Die Rechten trösten sie mit Verbesserungsversprechen in der zweiten Säule. Dort jedoch haben sie bereits ein Schlamassel angerichtet und reden nun allen Ernstes davon, die Pensionskassen-Reform ganz zu versenken. So stehen die Frauen am Ende mit einem Rentenloch von 26 000 Franken und null Verbesserungen da. Kurzum: Bei der AHV besteht weder ein Generationen- noch ein Geschlechterkonflikt.

Doch die AHV ist den Rechten seit der Einführung ein Dorn im Auge, weil sich damit kein Profit machen lässt. Im Gegensatz zur AHV hat die 2. Säule massive Finanzierungsprobleme und ist stark reformbedürftig. Die Renten sind seit zehn Jahren im Sinkflug. Und die private 3. Säule ist in erster Linie ein Steuersparvehikel für Gutverdienende.

Wenn die Rentensituation für breite Bevölkerungsschichten verbessert werden soll, dann läuft das am effizientesten und solidarischsten über eine Stärkung der AHV – wie das auch die Initiative des Gewerkschaftsbundes «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» fordert.

Nun braucht es ein wuchtiges Nein zur AHV-Vorlage.

JETZT NATIONALBANK-INITIATIVE UNTERSCHREIBEN

Mit der SNB-Initiative würde jedes Jahr ein Teil der Ausschüttungsreserven in den AHV-Fonds fließen. Zudem kämen die seit 2015 aufgelaufenen Negativzinsen einmalig der AHV zugute. Dieser Einmal-Beitrag von über 11 Milliarden Franken kann die AHV stabilisieren und zur Schliessung der Babyboomer-Lücke beitragen. Zum Vergleich: Diese Summe entspricht fast dem Doppelten dessen, was bis 2030 mit der geplanten Erhöhung des Rentenalters der Frauen bei der AHV eingespart werden kann. Die SP unterstützt die SNB-Initiative, die der Gewerkschaftsbund Ende Mai lanciert hat.

→ snb-milliarden.ch

Zwischenerfolg für die Prämien- Entlastungs- Initiative



Barbara Gysi,
Nationalrätin SG

Schon heute müssen viele Familien und auch Alleinstehende – hier handelt es sich oftmals um Personen im AHV-Alter mit bescheidener Rente – mehr als 15 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben. Viele können sich dies kaum leisten. Und zu viele verzichten auf eine notwendige Behandlung, weil sie die Kosten nicht tragen können. Hinzu kommt die Teuerung. Sollten die Prämien, wie vielerorts zu lesen ist, diesen Herbst um sechs bis zehn Prozent ansteigen, wird die Situation für die Betroffenen noch schlimmer.

Darum kommt unsere Prämien-Entlastungs-Initiative zur richtigen Zeit. Sie verlangt, dass ein Haushalt maximal zehn Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden muss.

Zusätzlich 2,2 Milliarden Franken für die Prämienverbilligung

Bundesrat und Parlament anerkennen den Handlungsbedarf. In der Sommersession hat der Nationalrat mit Zweidrittelmehr einen guten Gegenvorschlag verabschiedet. Die Prämienverbilligung für die Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen soll neu ausserhalb der ordentlichen Prämienverbilligung finanziert werden. Dies bejahte der Nationalrat zusätzlich zum doch eher mageren Vorschlag des Bundesrats, der die kantonalen Mittel für die Prämienverbilligung an die Höhe der Haushaltsbelastung koppeln will (Erhöhung um rund 500 Millionen Franken). Die sozialpolitisch sinnvolle Entflechtung setzt 2,1 Milliarden frei für Familien, Einzel- und Paarhaushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Hinzu kommen noch die Ausgaben der Kantone, die für die Begleichung von Verlustscheinen anfallen. Total stehen damit für die Prämienverbilligung zusätzliche 2,2 Milliarden Franken zur Verfügung: Das ist eine substantielle Verbesserung.

Der SP ist es gelungen, einen gewichtigen Gegenvorschlag zu erkämpfen. Die Mehrheit des Parlaments ist sich bewusst, dass die Prämien-Entlastungs-Initiative an der Urne gute Erfolgschancen hat. Ein guter Gegenvorschlag wirkt rascher, und das ist dringend nötig. Nun müssen wir diesen guten Vorschlag jedoch noch durch den Ständerat bringen.

20 Jahre Selbstbestimmung

Seit fast genau 20 Jahren ist der Schwangerschaftsabbruch in der Schweiz legal, auch dank der SP: Die heutige Lösung geht auf einen SP-Vorstoss zurück. Das Recht auf Selbstbestimmung müssen wir jedoch immer wieder verteidigen – weltweit, aktuell beispielsweise in den USA, aber auch in der Schweiz.

Der 2. Juni 2002 ging in die Geschichtsbücher ein: Nach mehreren Anläufen und jahrzehntelangen erbitterten Diskussionen sagte das Schweizer Stimmvolk mit 72,2 Prozent Ja zur Fristenregelung. Bis dahin hatten die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch zu den restriktivsten in Europa gehört. Die Frauen und auch Männer, denen wir die heutige Fristenregelung verdanken, brauchten einen langen Atem. Die Diskussion über die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen war bereits 1971 mit der Volksinitiative für die Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung lanciert worden.

Den Anstoss für die heutige Fristenlösung gab 1993 SP-Nationalrätin Barbara Haering mit der parlamentarischen Initiative 93.434 «Schwangerschaftsabbruch. Revision des Strafgesetzbuches». Nach jahrelanger Beratung konnte sich das Parlament zu einer Annahme dieser Initiative durchringen, wenn auch im Ständerat äusserst knapp, mit bloss 22 zu 20 Stimmen.

Dass das Volk ein gutes Jahr nach der Annahme im Parlament sehr deutlich Ja zur Fristenlösung sagte, war ein grosser Erfolg. Seither können Frauen in einer Notlage



Yvonne Feri, Nationalrätin AG und Stiftungsrätin von Sexuelle Gesundheit Schweiz

und nach einem Beratungsgespräch innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei abtreiben. Die Kosten für die Abtreibung werden von der Krankenkasse übernommen, wobei die Betroffenen wie bei anderen Behandlungen Selbstbehalt und Franchise selber tragen müssen. So steht es im Strafgesetzbuch und im Krankenversicherungsgesetz. Nach der zwölften Schwangerschaftswoche dürfen Abtreibungen nur noch nach ärztlicher Indikation durchgeführt werden.

Eine Frage der Gesundheit

Mit der Einführung der Fristenlösung im Jahr 2002 kam es nicht zu mehr, sondern zu sichereren Abtreibungen. Illegale Abtreibungen sind sehr gefährlich, weil sie häufig unsachgemäss durchgeführt werden. Schwangerschaftsabbrüche, die nicht in einem medizinischen Umfeld von qualifiziertem Personal durchgeführt werden, zählen gemäss der Weltgesundheitsorganisation zu den Hauptgründen für eine hohe Müttersterblichkeit.

Für einen Schwangerschaftsabbruch ist eine gute medizinische Begleitung und Betreuung unabdingbar. Es stellen sich Fragen zu den gesundheitlichen Risiken der

Schwangerschaft für Mutter und Kind, zum Eingriff selbst, zur psychischen und physischen Nachsorge sowie zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften. Gesundheitsthemen stehen klar im Fokus.

Die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs gehört darum nicht ins Strafgesetzbuch, sondern in die Gesundheitsgesetzgebung. Bund und Parlament werden sich nächstens mit der gesetzlichen Verankerung des Schwangerschaftsabbruchs befassen, denn Léonore Porchet, Nationalrätin der Grünen und Präsidentin von Sexuelle Gesundheit Schweiz, hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Druck von rechts aussen

Schwangerschaftsabbrüche wurden und werden seit jeher und überall in der Welt kontrovers diskutiert. Konservative Kreise wollen Abtreibungen verbieten und führen dafür religiöse, moralische und bevölkerungspolitische Argumente ins Feld – nicht nur in den USA. So versprach sich beispielsweise Heinz Hürzeler mit seiner 2013 lancierten Initiative «Lebensschutz statt Milliardenloch» durch ein Abtreibungsverbot mehr Geld für die Staatskasse, denn die abgetriebenen Kinder würden der Volkswirtschaft fehlen. Glücklicherweise scheiterte er bereits bei der Unterschriftensammlung.

Welch grosser Stigmatisierung betroffene Frauen ausgesetzt sind, führt die laufende Initiative «Einmal drüber schlafen» vor Augen. Diese suggeriert, dass ein Schwangerschaftsabbruch ein spontaner Entscheid launischer Frauen sei. Es bleibt die Hoffnung, dass auch diese Initiative ein frühes Ende findet.

Schwangerschaftsabbrüche werden nicht durch Verbote und Kriminalisierung aus der Welt geschafft. Sie können jedoch durch gute Sexuaufklärung in den Schulen und niederschweligen Zugang zu Verhütungsmitteln verringert werden. Ungewollte Schwangerschaften werden aber nie ganz verschwinden. Es ist auch deshalb wichtig, dass Abtreibungen entkriminalisiert werden und der Zugang zu entsprechender Beratung weiter verbessert wird.



Zum Jubiläum eine Demonstration.



Nur Ja heisst Ja!



Tamara Funciello, Nationalrätin SP und Co-Präsidentin SP Frauen

Nach zweijähriger Diskussion hinter verschlossenen Kommissionstüren diskutierte der Ständerat am 7. Juni erstmals im Plenum über die Sexualstrafrechtsrevision. Die Debatte wurde in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Bereits vor der Sommersession hatten in Zürich Tausende demonstriert – ein kämpferisches Zeichen Richtung Ständerat: Die feministische Bewegung steht hinter der Forderung «Nur Ja heisst Ja».

Gemeinsam mit meinen Nationalratskolleginnen sass ich am 7. Juni im Ständeratssaal. Die konservativen Herren sollten sich beobachtet fühlen. Unseren Verbündeten wollten wir zeigen: Ihr seid nicht allein. Die Debatte dauerte über vier Stunden, die Voten waren teils ermutigend, teils beschämend und voller Vergewaltigungsmythen, die Stimmung angespannt. Zuletzt befürwortete der Rat die Gesetzesrevision und eine Neudefinition von Vergewaltigung nach dem Grundsatz «Nein heisst Nein».

Wenn wir zwei Jahre zurückblicken, wissen wir: Obwohl er nicht alle unsere Forderungen erfüllt, ist dieser Entscheid ein grosser Fort-

schritt. Noch vor kurzem gab es einen politischen Konsens, dass das Sexualstrafrecht nicht reformiert werden müsse. Dank dem Druck der feministischen Bewegung und der SP Frauen konnten wir einen Weg zurücklegen, der für die Schweiz historisch ist. Nur leider machte der Ständerat kurz vor dem Ziel Halt.

Die Ständerät:innen haben die Chance verpasst, das Selbstverständliche ins Gesetz zu schreiben. «Nur Ja heisst Ja» bedeutet, dass jede Person das alleinige Recht auf ihren Körper hat. Es bedeutet, dass wir das Recht auf unsere Körper gegenüber niemandem verteidigen müssen. «Nur Ja heisst Ja» steht für sexuelle Selbstbestimmung. Wenn

der Grundsatz «Nein heisst Nein» gilt, muss ich das Recht auf meinen Körper hingegen verteidigen. Es ist unverständlich, warum die kleine Kammer nicht den ganzen Weg gehen mochte.

Das Geschäft kommt bald in den Nationalrat. Mit einer gehörigen Portion an öffentlichem Druck können wir das Ganze noch drehen. Gehen wir den ganzen Weg und schreiben das Selbstverständliche endlich ins Gesetz! Wir schulden es nicht nur den Betroffenen sexualisierter Gewalt, sondern auch uns selbst. Nur Ja heisst Ja!

«Die konservativen Herren sollten sich beobachtet fühlen.»

180 Tage Olaf Scholz

SCHOLZ
PACKT
DAS AN.
SPD.DE

WILLY-BRANDT-HAUS

Seit einem halben Jahr ist Olaf Scholz in Berlin im Amt. Wie schlägt sich der SPD-Kanzler in einer Welt, die heute eine ganz andere ist als zum Zeitpunkt der Wahl? Versuch einer Zwischenbilanz. Sandro Liniger*

Unternimmt man den Versuch, die Kanzlerschaft von Olaf Scholz einer Halbjahresbilanz zu unterziehen, so kommt man kaum umhin, sie am politischen Umgang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine zu messen. Dabei erstaunt zunächst, wie weit Selbst- und Fremdbeschreibung der Ukraine-Politik der Regierung auseinanderklaffen: Während das Scholz-Lager und die SPD die Rhetorik einer «Zeitenwende» in der Aussen- und Sicherheitspolitik (Erhöhung des Verteidigungshaushalts, neue Russland-Politik, Militärhilfen etc.) bemühen, zeichnen Kommentator:innen vielmehr das Bild eines zaudernden und zögernden Bundeskanzlers. Zu russlandfreundlich, zu taktierend, zu pragmatisch trete der neue Bundeskanzler auf, wo doch, angesichts der historischen Bedrohung für Europa, entschlossenes, ja visionäres Handeln gefragt sei.

Ein Spiegel der sozialdemokratischen Politik

Die Reaktion der deutschen Bundesregierung hat aber wenig mit einer generellen Russlandfreundlichkeit der SPD oder einem wahlstrategischen Kalkül zu tun. Wer die Haltung von Scholz zum Krieg verstehen will, muss sich vielmehr mit dem Füh-

rungs- und Politikverständnis des Kanzlers und seiner Partei beschäftigen. So ist das Vorgehen der SPD im Ukraine-Konflikt ein Spiegel der sozialdemokratischen Politik der vergangenen Jahrzehnte. Mit dem Paradigma des «Dritten Weges» haben viele sozialdemokratische Parteien ihre Herangehensweise an die Politik «entpolitisiert»: Politik erschien hauptsächlich als eine Frage der Verwaltung und des Managements. Symbole, Gesten und Identitäten hingegen hatten ihre Berechtigung als Medien des politischen Kampfes eingebüsst, Probleme sollten vielmehr ideologiefrei gelöst werden. «Wer Visionen hat», so brachte Helmut Schmidt diese Haltung in seinem berühmten Bonmot auf den Punkt, «sollte zum Arzt gehen». In dieser Traditionslinie lässt sich auch Olaf Scholz verorten: Mit seinem pragmatischen, lösungsorientierten und detailvernarrten Politikstil hat er die deutsche Politik in den letzten zwei Jahrzehnten entschieden verändert, ohne je eine grössere Vision oder Ideologie zu formulieren.

Es ist dieser rationale Zugang zu Politik, dem auch die politische Reaktion Deutschlands auf den Krieg in der Ukraine gehorcht. Sie ist motiviert vom Grundsatz, die Einzelheiten politischer Lösungen her-

auszuarbeiten, anstatt eine grössere Vision oder ein Ziel zu kommunizieren. Auch Scholz' Konzept der «Zeitenwende» folgt diesem Muster: Er präsentiert lieber Ergebnisse, als über Prozesse zu sprechen. Angesichts der russischen Verbrechen in der Ukraine erstaunt es daher nicht, dass diese Art des Regierens von vielen als unzureichend empfunden wird. Kriege wie dieser, so sehen es viele, erforderten schnelle und mutige Entscheidungen, grosse Gesten und Symbole wie etwa Boris Johnsons Besuch in Kiew. In Anbetracht einer Weltpolitik, die im Zeichen eines neuen Militarismus agiert, so könnte man entgegenhalten, scheint eine gewisse Zurückhaltung jedoch durchaus geboten zu sein.

Soziale Wirtschaftspolitik wird durchgesetzt

Dass die Regierung Scholz entschieden und schnell zu handeln weiss, hat sie zudem jüngst im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik bewiesen: Um steigenden Preisen entgegenzutreten, hat die Koalition zwei Entlastungspakete mit einem Umfang von über 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Zusammen mit den bereits beschlossenen Massnahmen (Erhöhung des Mindestlohns, Kindergrundsicherung, neues Bürgergeld) sorgt die SPD dafür, dass das Land mit einer Politik des Respekts durch die schwierigen Zeiten kommt.

* Sandro Liniger ist Historiker und Projektleiter Themenmanagement der SP-Bundeshausfraktion. Ausserdem betreut er das Internationale Sekretariat der SP Schweiz.

Das Sekretariat stärken



Im «Seki» laufen alle Fäden zusammen. Das Seki denkt voraus, organisiert Veranstaltungen und Parteitage, unterstützt die Kommunikation der Partei, plant Kampagnen, kurz, es ist unser administratives und politisches Zentrum.

Mit dem Wechsel im Präsidium der SP Aargau und vor allem auch mit der beruflichen Neuorientierung von Julia Hoppe befinden wir uns zurzeit in einer Übergangsphase, die Risiken, aber auch mittelfristig Chancen mit sich bringt.

Seit der Wahl ins Präsidium haben wir uns Zeit genommen, das Sekretariat und die verschiedenen Abläufe und Stellenbeschriebe zu analysieren, um eine noch bessere und effektivere Struktur im Sekretariat anzustreben.

Unser Sekretariat ist «historisch gewachsen» und wurde seit den 90er-Jahren stetig weiter ausgebaut. Mit vier Mitarbeiter:innen mit 260 Stellenprozent verfügen wir über ein für Aargauer Verhältnisse durchaus respektables Sekretariat. Dennoch kam es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Überbelastungen einzelner Mitarbeiter:innen und zu vielen Überstunden.

Dies wollen wir ändern. Die Arbeit im «Seki» soll koordiniert und effektiv erledigt werden. Auch ist es uns ein Anliegen, dass die Arbeit Spass macht und die Mitarbeiter:innen für die Arbeit Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Schritt für Schritt wollen wir – gemeinsam mit unserem «Seki» – dieses neu ausrichten und stärken. Um diese Veränderungen mittelfristig zu erreichen, braucht es Fachwissen und Zeit. Diese wollen wir uns nehmen.

Stefan Dietrich von Bremgarten ist mit Nora Langmoen von Baden das neue Co-Präsidium der SP Aargau.



ARMUTSBEKÄMPFUNG

Es fehlt der Wille



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.

In der Schweiz sind rund 722 000 Personen von Armut betroffen, darunter 133 000 Kinder. 15,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind armutsgefährdet. Damit steht die Schweiz im europäischen Vergleich nicht besonders gut da, ist doch die Armutsgefährdungsquote in einigen Ländern wie beispielsweise Österreich oder Frankreich tiefer. Wer in der Schweiz als arm gilt, muss mit sehr wenig Geld auskommen. Die Armutsgrenze liegt bei einer Einzelperson bei 2279 Franken pro Monat, bei einer vierköpfigen Familie bei 3963 Franken. Bereits bei einer geringfügigen Erhöhung der heute geltenden Armutsgrenze würde sich die Armutsquote gemäss der kürzlich erschienenen Studie «Schätzung der Zahl der Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen»

verdoppeln. Von finanziellen Schwierigkeiten besonders häufig betroffen sind Einkommenslose, ausländische Personen, Personen ohne Arbeit und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung.

Jede zwölfte Person ist arm

Seit 2014 bekämpft der Bund Armut in der Schweiz im Rahmen des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut, das noch bis Ende 2024 läuft. Obwohl jede zwölfte Person in der Schweiz arm ist, scheint der Bund keinen Anlass zu sehen, sein Engagement gegen Armut zu intensivieren. Auf parlamentarische Vorstösse, die zusätzliche Massnahmen zur Reduktion der Armut verlangen, reagierte der Bundesrat in den letzten Jahren eher ablehnend, beispielsweise auf das Postulat 19.3954 «Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention» und die Motion 19.3953 «Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz». Und noch ganz offen scheint die Frage, ob sich der Bund nach Abschluss des Nationalen Programms überhaupt noch in die Praxis der Ar-

mutsprävention und -bekämpfung einbringen will.

Die Ursachen für Armut sind in strukturellen Rahmenbedingungen, Lücken im System der sozialen Sicherheit und in fehlender Chancengleichheit zu verorten. Dazu gehören unter anderem teure familienergänzende Kinderbetreuungsangebote, fehlende Mindestlöhne, die Verknüpfung von Aufenthaltsfragen mit Sozialhilfe und der Spardruck in den Sozialversicherungen. Ein wohlhabendes Land wie die Schweiz sollte es in Kenntnis der Armutsgründe schaffen, Armut weitgehend zu beseitigen mit Massnahmen, die in verschiedensten Bereichen ansetzen und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Es braucht beispielsweise einen verbesserten Zugang zu Nachholbildung, eine Modernisierung des Systems der sozialen Sicherheit mit Fokus auf armutsgefährdete Gruppen, das Verhindern des Nichtbezugs von Sozialhilfe und Integrationsmassnahmen für Zugewanderte. Vor allem aber braucht es den politischen Willen und den gesellschaftlichen Konsens dafür, eine Schweiz ohne Armut zu schaffen.



Mit der Elternzeit gegen den Fachkräftemangel

Der Berner Regierungsrat hat Stellung genommen zu unserer Elternzeitinitiative. Zwar befürwortet der Regierungsrat im Grundsatz eine Elternzeit, aber er bevorzugt eine eidgenössische Lösung und lehnt die Initiative deshalb ab.

Mit unserer Elternzeitinitiative soll im Kanton Bern zusätzlich zum eidgenössischen Mutter- und Vaterschaftsurlaub eine Elternzeit von 24 Wochen eingeführt werden. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine echte Elternzeit die Beziehung zwischen Eltern und Kind stärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Gleichstellung von Frau und Mann fördert. Deshalb wäre eine echte Elternzeit ein riesiger Fortschritt für die Berner Bevölkerung. Im Grundsatz spricht sich der Berner Regierungsrat denn auch für eine Elternzeit aus. Aber er bevorzugt eine Lösung auf eidgenössischer Ebene und lehnt deshalb unsere Initiative ab.

Fortschrittliche Kantone müssen vorangehen

Es ist erfreulich, dass der mehrheitlich bürgerliche Regierungsrat die Einführung einer Elternzeit befürwortet. Aber indem er die Initiative mit dem Verweis auf die eidgenössische Ebene ablehnt, bringt er das Anliegen nicht vorwärts. Das ist nicht nur mutlos, sondern auch fahrlässig in Anbetracht des

wachsenden Fachkräftemangels. Es ist nichts Neues, dass die Kantone bei der Einführung von sozialen Reformen vorangehen, so zum Beispiel bei der AHV oder dem Frauenstimmrecht.

Solange es auf eidgenössischer Ebene nicht vorwärts geht mit der Elternzeit, müssen fortschrittliche Kantone den Lead übernehmen. Dadurch verschaffen sie sich einen Standortvorteil, denn familienfreundliche Rahmenbedingungen werden für Unternehmen und Mitarbeitende immer wichtiger. In Zeiten des akuten Personalmangels in vielen Branchen wie beispielsweise der Pflege und der Bildung wie auch dem Gewerbe ist eine Elternzeit ein entscheidender Faktor. Will der Kanton Bern nicht ins Hintertreffen geraten, muss er für Familien attraktiver werden und in die Zukunft investieren. Gerade für einen KMU-Kanton wie Bern ist eine Elternzeit besonders wichtig. Grosse Unternehmen haben das längst gemerkt und sie teilweise schon freiwillig eingeführt, weil sie wissen, dass es positiv für das Geschäft ist. Dank der kantonalen Elternzeit können auch Berner KMU davon profitieren.

Höhere Erwerbsquote deckt Kosten

Weiter begründet der Regierungsrat seine Ablehnung mit den Kosten einer Elternzeit. Allerdings darf eine Elternzeit aufgrund der vielen positiven Auswirkungen durchaus etwas kosten. Die Kinderbetreuung ist auch heute nicht gratis, sondern wird von den Familien und insbesondere von den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark. Dafür bezahlen sie mit Einbussen beim Lohn und bei den Sozialversicherungen sowie tieferen Renten. Mit einer echten Elternzeit könnte hier endlich Abhilfe geschaffen werden. Zudem zeigen Modellrechnungen der EU, dass der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit die Kosten aufwiegt. Dank der Elternzeit steigt gerade bei den Frauen die Erwerbsquote, was genügend zusätzliche Steuereinnahmen einbringt, um die Kosten der Elternzeit zu decken.

Die Elternzeitinitiative wird nun in der zuständigen Kommission vorberaten und kommt dann gegen Ende dieses Jahres in den Grossen Rat. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im nächsten Jahr statt.

Mehr Informationen unter: elternzeit.be



Unterschriftensammlung für die Kita-Initiative in der Stadt Luzern.

Unzufriedenheit bei der Familienpolitik jetzt in Unterschriften ummünzen

Das Sammeln für die SP-Initiative «Bezahlbare Kitas für alle» auf Spielplätzen läuft sehr erfolgreich. Gerade Eltern wissen, um was es geht, und unterstützen unsere Forderung nach mehr finanziellem Support des Kantons für die Kita-Betreuung. Sie sind es, die beispielsweise die monatliche Rechnung von rund 1200 Franken (jährlich also rund 14 500 Franken) für zwei Betreuungstage für ein 1-jähriges Kleinkind berappen. Die Diskussion über die Finanzierung von Kitas bringt auf den Tisch, wie viel jährlich in gute familienergänzende Kinderbetreuung investiert wird. Aktuell gibt es im Kanton Luzern nämlich noch keine Angaben dazu. Weder seitens der Familien noch seitens der Gemeinden. Es wird darum höchste Zeit, dass wir mit unserer Initiative über die Investitionen in die frühkindliche Bildung und Betreuung sprechen und die Lasten neu aufteilen.

Dass der Druck aus der Bevölkerung wirkt, hat jüngst das Beispiel des Kantons Schwyz gezeigt. Dort haben



Maria Pilotto,
Grossstadträtin Luzern

die Vorlage des Regierungsrates und die Zustimmung des Kantonsrates das SP-Initiativ-Komitee vom Rückzug der Initiative überzeugt.

Die Zeichen für eine spannende und erfolgreiche Behandlung unserer Kita-Initiative stehen gut – auch innerhalb des Kantons. So hat die Stadt Kriens nach dem Abbau der schulergänzenden Betreuung auch aufgezeigt, welche Folgen Kürzungen bei den Betreuungsgutscheinen nach sich ziehen. Nicht nur uns stimmt es nachdenklich, dass die Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wiederholt Spielball politischer Sparübungen wird: Dies bewegt grosse Teile der Bevölkerung – eine Gelegenheit mehr, diesen Unmut in Unterschriften umzumünzen. Damit unsere Enkel für ihre Kinder dereinst eine andere Situation antreffen.

«Gerade Eltern wissen, um was es geht, und unterstützen unsere Forderung nach mehr finanziellem Support des Kantons für die Kita-Betreuung.»

www.bezahlbare-kitas.ch

Luzerner Kita-Initiative

www.gute-kitas.ch

Schweizerische Kita-Initiative

Unsere Kandidierenden für den Regierungsrat

Lust auf mehr

Seit 2019 darf ich die Sicherheitsdirektion leiten, eine Aufgabe, die mir viel Freude bereitet. Als Mitglied der Baselbieter Regierung gestalte ich unseren Kanton mit.

Für mich ist klar: Sicherheit muss umfassend gedacht werden, da geht es nicht nur um die Aufgaben der Polizei. Chancengerechtigkeit ist ein wichtiger Beitrag für die Prävention von Straftaten.

Soziale Sicherheit

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht im Baselbiet Nachholbedarf. Es braucht genügend und zahlbare Plätze in Kindertagesstätten und bei der schulergänzenden Betreuung.

Gerechte Chancen für alle, die hier wohnen, sind unabdingbar. Es sollen sich alle begegnen und sich hier wohl fühlen können. Mit verschiedenen Angeboten kann die Integration besser gelingen: Spracherwerb ab Vorschulalter, Beratung und auch Schutz vor Diskriminierung sind nötig, insbesondere mit Blick auf die Jüngsten. Die Sprachförderung im Vorschulalter sorgt für einen guten Start in den Schulalltag und später in die Berufsausbildung.

Lebenswerte Gesellschaft

Eine hohe Lebensqualität geht nicht ohne Sicherheit. Das Baselbiet soll ein sicherer Kanton bleiben. Sei es im öffentlichen Raum, zu Hause, im Cyberraum oder im Verkehr. Besonderes Augenmerk liegt auf der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Mit dem Aufbau des Kompetenzzentrums Cybercrime konnte der Kanton Basel-Landschaft personell und organisatorisch einen wichtigen Schritt für die Bekämpfung von Cybercrime vollziehen. Aber bei der Prävention gibt es weiteren Handlungsbedarf.

Wir brauchen weiterhin eine präzise und gut ausgebildete Polizei, die ihre Aufgaben im Rahmen ihres Auftrags fair und transparent wahrnimmt und so zur Sicherheit der Bevölkerung beiträgt.

Nachhaltige Klimapolitik

Wenn wir nicht Sorge zu unserem Planeten tragen, verlieren alle Errungenschaften ihre Bedeutung. Wir müssen mit dem Klimaschutz vorwärts machen, ohne zu zögern. Es braucht möglichst schnell die Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern, und unseren

Energie- und Ressourcenverbrauch müssen wir überdenken.

Um die erreichten Verbesserungen zu vertiefen und weitere Fortschritte zu erzielen, möchte ich auch in der nächsten Legislatur in der Regierung unseren Kanton mitgestalten und Verantwortung übernehmen.



Kathrin Schweizer, Regierungsrätin SP

Politik für die Menschen

Auf meinem Pult im Büro liegt ein Buch, dessen Motto mich prägt. Es ist ein Buch, das verschiedene Ideen zur Umgestaltung einer wichtigen Verkehrsachse in Hamburg beschreibt. Das tönt abstrakt, aber der Titel ist konkret. Er lautet «Put People first» – frei übersetzt: Im Vordergrund hat das Wohl der Menschen zu stehen. Und das ist auch der Grundsatz meines politischen Engagements als Sozialdemokrat: Was wir machen, muss sich am Wohl aller Menschen in diesem Kanton messen.

Manchmal tendiert die Politik dazu, abstrakt zu werden – aber eigentlich geht es um das ganz Konkrete: darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, um eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, darum, dass alle Beruf und Familie vereinbaren können, und vieles mehr. Wir treffen in den kommenden Jahren wichtige Entscheide, die das Leben unserer Kinder und Grosskinder betreffen werden.

Herausforderungen angehen

Zuoberst auf meiner Agenda stehen drei wichtige Themen, die wir in der kommenden Legislatur anpacken müssen.

Ich möchte, dass wir

1. den finanziellen Spielraum des Kantons klug und zu Gunsten der Lebensqualität aller Menschen nutzen;
2. den Lebensraum der Menschen aktiv gestalten;
3. dafür sorgen, dass der Kanton mit den Gemeinden und seinen Nachbarn besser zusammenarbeitet.

Meine Perspektive

Als Naturwissenschaftler habe ich gelernt zu beobachten, zu analysieren und die Ergebnisse in einen grösseren Kontext zu stellen. Als Raumplaner habe ich gelernt, Bilder für die Gestaltung des Lebensraums zu entwerfen und unterschiedliche Interessen abzuwägen. Als Gemeinderat in Bubendorf, als Landrat und Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission und als Leiter des Stadtbauamts in der Stadt Liestal habe ich gelernt, zusammen mit Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen Lösungen zu finden.

Als Regierungsrat möchte ich mit dieser Erfahrung die Zukunft des Baselbiets mitgestalten. Ich tue das nicht leichtfertig, sondern mit grossem Respekt für die Menschen, die hier heute und in Zukunft leben werden. Mehr als in Worten äussert sich dieser Respekt in konkreten Taten – für das Klima, für unseren Lebensraum, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine bezahlbare Gesundheitsversorgung.



Thomas Noack, Landrat SP BL



Domingos Lopes, SWISSAID

Die Schweiz muss solidarisch sein!

Klimakrise, Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führen zu massiv höheren Lebensmittelpreisen. Darunter leidet vor allem die Bevölkerung in den armen Ländern des Südens. Hungerkrisen häufen sich, die globale Armut nimmt zu. Die Schweiz muss die betroffenen Länder unterstützen.

Ein Krieg führt zu unvorstellbaren Konsequenzen für die direkt betroffenen Länder und ihre Bevölkerung. Der Völkerrechtsbruch Russlands hat jedoch auch weltweit Auswirkungen. Global steigen die Lebensmittel- und Treibstoffpreise, denn die Ukraine und Russland spielen als Weizenexporteure und Düngemittelproduzenten auf dem Weltmarkt eine entscheidende Rolle. Wegen des



Fabian Molina, Nationalrat und Co-Präsident von Swissaid

Krieges bleiben in der Ukraine über 20 Millionen Tonnen Weizen in den Lagersilos liegen und können nicht exportiert werden. Das entspricht dem Jahresbedarf der 50 ärmsten Länder der Welt! Die ukrainische Landwirtschaft versorgt normalerweise bis zu 400 Millionen Menschen.

Reis kostet 50 Prozent mehr

Die Konsequenzen sind massiv. Gemäss UNO-Welternährungsprogramm droht eine globale Hungerkatastrophe «biblischen Ausmasses». Die Zahl der Hungernden könnte um acht bis dreizehn Millionen Menschen ansteigen. Betroffen ist zum Beispiel der westafrikanische Kleinstaat Guinea-Bissau. Seit Ausbruch des Krieges hat die Regierung des Landes die Steuern auf den Verkauf von Benzin erhöht. Darum mussten bereits viele Tankstellen schliessen, was den Benzinpreis weiter in die Höhe treibt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Lebensmitteln. In Guinea-Bissau muss die Bevölkerung für Reis 50 Prozent mehr bezahlen, Zucker ist 30 Prozent teurer und Speiseöl gar 80 Prozent. Bei ohnehin tiefen Löh-

nen, inmitten der Auswirkungen von Klimakrise und Pandemie, sind die Folgen für die Menschen fatal.

Die Schweiz steht hier in der Verantwortung. Nach Artikel 54 der Bundesverfassung ist unser Land verpflichtet, Not und Armut in der Welt zu lindern. Doch was lässt sich tun? Kurzfristig muss die Schweiz unbürokratisch vor Ort helfen. Über einen ausserordentlichen Nachtragskredit müssen die betroffenen Länder sowohl finanziell als auch mit Gütern unterstützt werden. Ein solcher Beitrag unseres Landes an die zuständigen Uno-Organisationen wäre ein Ausdruck der Solidarität mit den Ärmsten auf unserem Planeten und ein Beitrag zur Stabilisierung der politischen Situation, was weiteren Krisen vorbeugt.

Langfristig gilt es allerdings, die Strukturen der globalen Nahrungsmittelproduktion anzupassen. Die Klimakrise und der Angriffskrieg Russlands zeigen einmal mehr, dass die Profitlogik nicht nur ökologisch, sondern auch humanitär untragbare Konsequenzen hat. Wir brauchen deshalb einen agrarökologischen Umbau der globalen Ernährungssysteme. Wir müssen respektvoll mit unseren Ressourcen umgehen und die lokale Produktion ins Zentrum stellen, ohne die globale Solidarität zu vernachlässigen. Die Schweiz muss endlich handeln, um noch Schlimmeres zu verhindern!

AUSSENPOLITISCHE KOMMISSION VERWEIGERT HILFE

An ihrer Sitzung von Anfang dieser Woche hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats einen Vorstoss abgelehnt, mit dem die SP einen sofortigen Nachtragskredit von 200 Millionen Franken für das Welternährungsprogramm und weitere Uno-Organisationen verlangte. Stattdessen hat die bürgerliche Mehrheit den Bundesrat um einen Bericht zur globalen Hunger-Situation gebeten. Während die Rechten hemmungslos Milliarden in die Aufrüstung stecken, darf die Hilfe für die Ärmsten in einer sich anbahnenden humanitären Katastrophe nichts kosten. Unendliches Leid und neue Konflikte sind damit programmiert. Zynismus pur aus dem Bundeshaus.



Das Europa-Papier nimmt die erste Hürde

An der Sitzung des Parteirats letzte Woche stimmten die Delegierten nach längerer Diskussion dem europapolitischen Papier der Parteileitung zu und unterstützten einstimmig ein Grundsatzpapier zur Geldwäscherei. Pia Wildberger

An der zweiten Parteirats-Sitzung in Neuenburg standen politisch brisante Themen auf der Traktandenliste. Angefangen mit der Europapolitik der Partei, über welche die knapp 50 Delegierten in Form eines Positionspapiers zu Händen des Parteitags im Oktober zu befinden hatten.

Das Europapapier, das von einer breit abgestützten Arbeitsgruppe im Auftrag der Parteileitung erarbeitet wurde, zeigt einen Weg aus dem blockierten Verhältnis zur EU auf, in das uns der Bundesrat und allen voran EDA-Vorsteher Ignazio Cassis manövriert haben. Es definiert drei Phasen für das weitere Vorgehen und schlägt zunächst die Verhandlung eines Stabilisierungsabkommens mit der EU vor, das die Beteiligung der Schweiz an verschiedenen

EU-Programmen regelt (Erasmus, Horizon, etc.). Ein solches Abkommen soll bis Ende 2023 vorliegen. In einem zweiten Schritt gilt es, bis 2027 ein Wirtschaftsabkommen auszuhandeln, das die institutionellen Marktzugangsfragen regelt. Für eine dritte Phase, ab 2027, schlägt die SP die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen vor.

Obwohl etliche Kantonalparteien vorgängig Änderungsanträge eingereicht hatten, waren das Ansinnen und das Vorgehen der Parteileitung in den Grundzügen unbestritten. Einzig die Tessiner Kantonalpartei verlangte, dass der Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus dem Papier zu streichen und offen zu lassen sei. «In der öffentlichen Wahrnehmung heisst es sonst, die SP wolle 2027 der EU beitreten.»

Cédric Wermuth entgegnete, dass mit der Jahreszahl die Ernsthaftigkeit der SP-Pläne unterstrichen werde. Die grosse Mehrheit der Delegierten folgte dem Co-Präsidenten und wies den Tessiner Antrag ab. Auch in der Schlussabstimmung nahmen die Delegierten das Europa-Papier bei fünf Enthaltungen klar an.

Die Schweiz als Gehilfin von Putin und 'Ndrangheta

Das unter der Leitung von Nationalrat Fabian Molina erarbeitete Positionspapier zur Geldwäscherei gab weniger zur reden und stiess auf breite Unterstützung. Anwälte, Treuhänderinnen und Berater sind nicht dem Geldwäschereigesetz unterstellt, was der Schweiz im Zusammenhang mit der Umsetzung der Sanktionen gegen Russland und im SuisseSecrets-Skandal einmal mehr harsche Kritik einbrachte. Auch der Goldhandel fällt nicht unter die lückenhaften Bestimmungen.

Damit die Schweiz nicht mehr als Handlangerin von Potentaten, Kriegsverbrechern und Kriminellen dasteht, muss sich das ändern. «Wir sind die Geldwasch-Stube für Terroristen und kriminelle Vereinigungen», so Molina. Gefordert werden daher unter anderem eine deutlich verschärfte Meldepflicht sowie Sanktionen. Auf Antrag der SP Aargau wurde zudem der bessere Schutz von Whistleblower:innen ins Positionspapier aufgenommen. Die Annahme des Positionspapiers war unbestritten.

Gut zu wissen: Fabian Molina hat zentrale Forderungen des Positionspapiers bereits in Form von Vorstößen im Nationalrat eingebracht. Wann diese behandelt werden, steht noch nicht fest. Wir bleiben jedoch dran!

Du möchtest mehr wissen?
Hier findest du die Positionspapiere



im Wortlaut:
Europa-Papier



Geldwäscherei-
Papier

PARTEITAG: SPANNENDE DISKUSSIONEN MIT SPANNENDEN MENSCHEN

Am Parteitag vom 29./30 Oktober in Basel ist die Europa-Politik der SP Schweiz ebenso Thema wie die nationalen Wahlen 2023. Wir feiern den Auftakt zu den wichtigen National- und Ständeratswahlen und stellen unsere Wahlkampagne vor – das solltest du dir nicht entgehen lassen. «Die machen sowieso, was sie wollen», gibt es bei der SP nicht. Komm nach Basel, bring dich ein, diskutiere mit und stimme für deine Sektion ab. Am Abend steht zudem eine Party auf dem Programm. Frag deine Sektion, ob du sie in Basel vertreten kannst. Wir freuen uns auf dich!



Hier geht's zur
Anmeldung

SERVICE CITOYEN

Ein Vorschlag zum Vergessen

Vor kurzem wurde eine Volksinitiative für einen obligatorischen «Bürgerdienst» – auch Service Citoyen genannt – lanciert. Was auf den ersten Blick sympathisch wirkt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als unsozial und rechtswidrig: Die Initiative führt zu Lohndumping und verstösst gegen den UN-Menschenrechtspakt. Severin Meier und Lewin Lempert*

Wer findet den Vorschlag nicht sympathisch, anstelle der obligatorischen Männer-Wehrpflicht einen Dienst einzuführen, der allen Geschlechtern offensteht und an den sich verschiedene Formen des «Miliz-Engagements» anrechnen lassen? Auf den ersten Blick wohl niemand. Aber wer findet es sympathisch, einen schlecht bezahlten Zwangsdienst für alle jungen Menschen einzuführen, der dazu führt, dass junge Menschen ihre Aus- und Weiterbildung verschieben und an der Ausübung von selbstgewählten freiwilligen Tätigkeiten gehindert werden? Wohl niemand. Doch beides entspricht – unterschiedlich formuliert – der gleichen Idee: der Einführung eines obligatorischen Bürger:innendienstes.

Mit einem solchen Dienst liessen sich Tausende schlecht bezahlte Zwangsjobs in Bildungsinstitutionen oder im Pflegebereich schaffen. Echte Investitionen und gute Löhne in diesen Bereichen blieben auf der Strecke. Denn mit der Initiative würde die Zahl der Stellungspflichtigen mehr als verdoppelt. Weshalb sollte eine Spitaldirektorin einen Pfleger für 7000 Franken anstellen, wenn es auch Zwangs-Verpflichtete aus dem Bürger:innendienst-Pool für die Arbeit am Krankenbett gibt?

Care-Arbeit, die überproportional von Frauen geleistet wird, soll endlich den Stellenwert erhalten, den sie verdient. Die Idee des Service Citoyen greift diese Leistungen jedoch an, anstatt sie zu stärken.

Zwangsarbeit für alle

Ein Zwangsdienst würde – wie die Männer-Wehrpflicht auch – die Menschen einschränken und verpflichten, «freiwillig» Care-Tätigkeiten zu übernehmen. Eine allgemeine Dienstpflicht ist kein Anreizsystem für «mehr gegenseitige Hilfe und Solidarität»,

wie die Argumentation für einen Service Citoyen glauben macht.

Und ein obligatorischer Milizdienst hätte auch fatale Auswirkungen auf andere Freiwilligen-Einsätze, die viele junge Menschen leisten. Was würde überhaupt als «Milizarbeit» gelten, die dem «Bürgerdienst» anzurechnen wäre? Die Definition würde das bürgerliche Parlament übernehmen. Es ist davon auszugehen, dass weder das Engagement bei der Klimajugend noch die regelmäßige Organisation des 1.-Mai-Festes vor Ort zur Milizarbeit zählen würden.

Gegen UN-Menschenrechtspakt

Nicht zuletzt sollte folgende Feststellung sämtlichen Vorschlägen für einen Bürger:innendienst ein Ende bereiten: Ein solcher obligatorischer Dienst für Bürger:innen und Bürger widerspricht dem Zwangsarbeitsverbot des UN-Menschenrechtspakts. Eine Ausnahme davon bildet bis heute – leider – der Militärdienst, wobei das Angebot eines zivilen Ersatzdienstes zum Militärdienst Pflicht ist.

Doch ein Bürger:innendienst, wie ihn die Volksinitiative vorsieht, ist kein ziviler Ersatzdienst zur Wehrpflicht. Er zwingt vielmehr um die 80 000 junge Menschen pro Jahr, zu tiefen Löhnen und an wohl vielen fragwürdigen Einsatzstellen einen «Dienst an der Allgemeinheit» zu leisten. Der emeritierte Völkerrechtsprofessor Rainer J. Schweizer liess sich denn auch folgendermassen zitieren: «Mit einem Bürgerdienst Lücken füllen zu wollen in Bereichen, in denen Manpower fehlt, da habe ich Bedenken.» Diese Bedenken sind ernst zu nehmen.

* Severin Meier ist Politischer Fachsekretär für Sicherheits- und Aussenpolitik bei der SP Schweiz. Lewin Lempert ist Projektleiter Kampagnen bei der SP Schweiz und ehemaliger GSoA-Sekretär.



Radikal lokal

«Wir sind ein Team», sagt Judith Kern (links) – mit Walter Wegmann in der Küche und Debby Gisler im Service.

Wie verführt man die Kundschaft mit einer nachhaltigen Klima-Küche, wenn der Handwerkersteller am Mittag gross und günstig sein muss? Das Team von Judith Kern im Weingarten von Steckborn zeigt, wie es geht. Pia Wildberger

Zu behaupten, Judith Kern sprühe vor Energie, ist noch untertrieben. In Steckborn am Bodensee führt die Präsidentin der SP Frauen Thurgau seit über zwei Jahren die «Dorfbeiz» Weingarten, einschliesslich sechs Gästezimmern oberhalb der Schankstube. Die Stange kostet 4 Franken, das Kafi ebenfalls, und für den Vereinsabend der Stadtmusik oder der Feuerwehr ist die Wirtschaft unter der Woche immer offen. Über Mittag gibt es zwei Menüs – mit Fleisch, ohne Fleisch –, abends serviert Judith auch mal Cordon bleu à la carte. «Ein Vegi-Restaurant hätte es hier schwer.»

Wie kann die Klima-Küche in dieser 3400-Seelen-Gemeinde gutbürgerlich gelingen? «Meine Antwort lautet: radikal lokal», sagt Judith Kern. Fleisch (von Tieren mit Auslauf), Gemüse und Eier stammen von Bauernhöfen im Dorf, das Wild vom Stammgast mit Jagdpatent, die Konfi fürs Gäste-Zmorge von den Hausfrauen im Dorf und der Felchen vom Fischer unten an der Strasse.

Tatsächlich ist die Distanz, die die Lebensmittel vom Feld bis auf den Teller zurücklegen, ein wesentlicher Klimafaktor. Wer wie Judith Kern die Nahrungsmittel direkt ab Hof und kaum verpackt einkauft, ernährt sich

deutlich klimaneutraler. Zudem sind Zucchetti und Co. aus der Nachbarschaft einfach «chüschtiger».

Die Untersee-Knusperli, die Koch Walter Wegmann auf den Tisch zaubert, schmecken denn auch so fantastisch frisch, als ob die Felchen eben noch im Wasser gezappelt hätten. Im Weingarten kommen fast keine Fertigprodukte auf den Tisch. Von der Salatsauce bis zur Tagessuppe macht das Küchenteam alles selbst. «Wer lokal einkauft und selber kocht,isst nachhaltig», weiss Judith Kern.

Der Stammtisch fürs Dorf

«Die Beiz führe ich nicht für mich, sondern für das Dorf», sagt sie, die als Linke im konservativen Osten des Landes manchmal hartes Brot isst. Spätestens jetzt wird klar, dass Judith Kern nicht nur Wirtin ist, sondern den Gasthof auch mit einer sozialen Komponente führt. Sie ist ausgebildete Sozialpädagogin und hat einigen Mitarbeitenden im Weingarten eine zweite Chance gegeben.

Das läuft so gut, dass sie sich ab August nur noch in einem kleinen Pensum der Geschäftsführung widmen will und in Winterthur wieder im angestammten Beruf eine

Stelle als Teamleiterin antritt. «Auch wenn ich gerne Wirtin bin, so war mir doch immer klar, dass ich nicht bis zur Pension im Gastgewerbe bleibe», sagt sie. «Aber ich vertraue meinen Leuten – die können das!»

→ **Restaurant Weingarten**
in Steckborn in Bahnhofsnähe

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Die gesammelten Rezepte der Serie findest du hier:





Untersee- Fischknusperli im Bierteig

Für 4 Personen

Zutaten

- 300g Mehl
- 3 dl Bier (aus der Region)
- 4 Eier (vom Bauernhof)
- 2 TL Öl
- Salz & Pfeffer
- ½ Zitrone
- 800 g Felchenfilet aus dem nächstgelegenen See

Zubereitung

1. Mehl, Bier, Eier und Öl zum Bierteig vermengen und glatt rühren. Mit Salz und Pfeffer abschmecken und 45 Min. kalt stellen.
2. Felchenfilet in 3 cm breite Stücke schneiden. Mit Salz, Pfeffer und Zitronensaft würzen. Gewürzte Filets in wenig Mehl wenden und durch den Bierteig ziehen, leicht abstreifen. In der Bratpfanne 3–4 Minuten goldbraun frittieren. Auf Küchenpapier wenden.

Mit Tartarsauce und Salzkartoffeln oder Salat schön anrichten und heiss servieren – en Guete!

Wichtige Werte weitergeben

Sich mit dem eigenen Lebensende zu beschäftigen, ist für die meisten Menschen schwierig. Doch es lohnt sich, die letzten Dinge beizeiten zu regeln. Es hat etwas Befreiendes. Der neue Testament-Ratgeber der SP kann dich in deinen Überlegungen unterstützen und begleiten. Anja Meier

«Morgen ist auch noch ein Tag.» Diese Haltung charakterisiert die Befindlichkeit der meisten Menschen ganz gut, wenn das Gespräch auf das eigene Testament kommt. Dabei wissen wir alle: Wer die letzten Dinge rechtzeitig regelt, handelt selbstbestimmt und übernimmt Verantwortung. Nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Menschen, die einem nahestehen.

Was vielen jedoch nicht bewusst ist: Das Testament ist bloss ein Teil des letzten Willens. Dazu zählen auch eine Patientenverfügung und ein Vorsorgeauftrag. «Es ist sehr sinnvoll, sich rechtzeitig damit auseinanderzusetzen», sagt Regula-Sibylle Schweizer, die bei der SP Schweiz den Bereich Nachlassplanung verantwortet.

Über das Leben hinaus

Damit Interessierte diesen Themen genügend Raum geben können, stellt die SP den Testament-Ratgeber «Werte weitergeben» zur Verfügung. Er soll als Leitfaden und Ratgeber dienen und zeigt auf, was beim letzten Willen zu beachten ist. Vorab: Das Recht regelt bereits vieles. Teilweise bist du jedoch frei im Entscheid, was mit deinem Eigentum über das Leben hinaus geschieht. Abgesehen von den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichten für Familienangehörige ist es möglich, im Testament weitere Erb:innen einzusetzen. Mit einem Legat lassen sich auch Organisationen wie die SP berücksichtigen, die deine Werte und Anliegen über den Tod hinaus in die Zukunft tragen.



Wer ein Testament verfassen will, muss vor­gängig einige Fragen klären: Wen möchte ich berücksichtigen und auf welche Art und Weise? Welche Grundwerte sind mir wichtig, die ich über das Leben hinaus weitergeben möchte? «Dieser Prozess braucht Zeit und lässt sich meistens nicht von heute auf morgen erledigen», sagt Regula-Sibylle Schweizer. Ist jedoch ein Testament erst einmal geschrieben, allenfalls sogar ergänzt mit einer Patientenverfügung und einem Vorsorgeauftrag, bist nicht nur du entlastet, sondern auch deine Angehörigen.



PERSÖNLICHE BERATUNG

Regula-Sibylle Schweizer verantwortet im Zentralsekretariat neben der Nachlassplanung auch die Bereiche Dauer- und Grossspenden. Sie ist seit Oktober 2020 bei der SP Schweiz tätig und hat den Testament-Ratgeber entwickelt. Aus einem früheren Arbeitsverhältnis bei der grössten Altersorganisation der Schweiz ist sie mit allen Fragen rund um Testament, Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag bestens vertraut. Regula-Sibylle Schweizer nimmt sich deinem Anliegen in einem persönlichen Gespräch gerne an.

Interessierte können den Testament-Ratgeber «Werte weitergeben» kostenlos und unverbindlich bei der SP Schweiz unter der Nummer 031 329 69 87 oder per E-Mail an regula.schweizer@spschweiz.ch bestellen.

→ www.spschweiz.ch/erbschaften

5

Fragen an
Yvonne Ribl**Warum bist du der SP beigetreten?**

Mir sind die Werte der SP sehr nah – soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, der Einsatz für ein Gesundheitswesen, in dem der Wert des Menschen im Vordergrund steht.

Was hat den Ausschlag gegeben?

Ich bin schon lange Sympo der SP. Bei der Abstimmung zur Pflege-Initiative hat die SP die Pflegenden durch alle Böden unterstützt, den Abstimmungskampf mitgestaltet und sich enorm engagiert. Als Geschäftsführerin des Schweizer Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner habe ich das 1:1 mitbekommen. Dies führte letztlich zu meinem persönlichen Entschluss, der Partei beizutreten.

Was möchtest du in der Partei bewirken?

Mein Thema ist das Gesundheitswesen. Hier möchte ich mich einbringen und mitreden, aber natürlich muss ich als Neumitglied erst die Leute kennenlernen und schauen, wo ich einen Beitrag leisten kann. In meinen Augen müssen wir bei der Gesundheitsversorgung den Bedarf der Menschen in den Vordergrund stellen und nicht nur die ökonomischen Interessen. Ich bin auch der Ansicht, dass die Grundversorgung im Gesundheitswesen zum Service public gehört, unabhängig von der betrieblichen Organisationsform. Derzeit beschäftige ich mich jedoch vor allem mit der Umsetzung der Pflege-Initiative.

Was hat dich politisiert?

Für mich war 1989 der Mauerfall prägend. Ich komme ursprünglich aus dem Thurgau, wir schauten viel deutsches Fernsehen. Ausserdem hatte ich eine Brieffreundin in Ostdeutschland. Mich berührte sehr, was durch die Bevölkerung möglich wurde. Politisch habe ich mich seit meiner Ausbildungszeit im Berufsverband engagiert.

Sehr viele Pflegende steigen vor dem offiziellen Rentenalter aus, auch weil die Arbeit körperlich sehr anstrengend ist. Wie stehst du zu den AHV-Vorlagen?

Solange Frauen nach wie vor so viel unbezahlte Arbeit leisten und unerklärlicherweise so viel weniger verdienen, finde ich die Differenz im Rentenalter angemessen. Wenn schon Gleichstellung, dann überall!

Pia Wildberger

BUCHBESPRECHUNG**Wenn Abstimmungen
Menschen traumatisieren**

In ihrem neuesten Buch befasst sich Francesca Falk mit der Schwarzenbach-Initiative, die seit den späten 1960er-Jahren die Migrationsdebatte in der Schweiz prägte und prägt. Im Buch «Der Schwarzenbacheffekt» lässt die Autorin Zeitzeug:innen zu Wort kommen, die auf traurige, aber auch auf glückliche Momente in jener Zeit zurückblicken und diese so für die Leser:innenschaft in die Gegenwart holen.

Unter dem Eindruck der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften lancierte James Schwarzenbach 1968 die nach ihm benannte Volksinitiative. Diese verlangte eine Begrenzung des Ausländer:innenanteils auf zehn Prozent der Bevölkerung. Wäre die Initiative angenommen worden, hätten viele Menschen die Schweiz verlassen müssen. Im Abstimmungskampf wurden die Debatten zwischen Bundesrat, Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden an Veranstaltungen und in den Medien mit grosser Intensität geführt. Mit 54 Prozent der Stimmen wurde die Schwarzenbach-Initiative dann zwar verworfen, doch gewisse – auch psychische – Auswirkungen der Volksinitiative bleiben bis heute unbewältigt. Gerade in den Aussagen der Zeitzeug:innen wird klar, wie sehr die Initiative die Betroffenen politisiert und teils auch traumatisiert hat.

«Der Schwarzenbacheffekt» ist in seiner persönlichen Art ein hochemotionales Buch, denn die Erfahrungen der Zeitzeug:innen lassen die Leserschaft nicht kalt. Gleichzeitig zeigt das Buch auch auf, wie unterschätzt der wirtschaftliche und kulturelle Beitrag ans gesellschaftliche Leben, den die ausländische Bevölkerung in der Schweiz leistet, war und immer noch ist. Die Erfahrungen von damals prägen noch heute die Diskussionen um die Migrationspolitik. Auch wenn aus heutiger Sicht die institutionelle Diskriminierung und der soziale Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen unvorstellbar sind, so zeigt der Rückblick, dass viele Probleme in unserer Gesellschaft weiterbestehen.

Elma Alusi



Der Schwarzenbacheffekt: Wenn Abstimmungen Menschen traumatisieren und politisieren, von Francesca Falk, erschienen im Limmat Verlag, erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung oder online.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Faire Personalbeurteilung

D1.7.2210

22.–23. August 2022, Wilen
Faire Personalbeurteilungssysteme: Welches sind die Kriterien und wie kann die Personalvertretung (PV) Einfluss nehmen? Der Kurs vermittelt Grundwissen über Mitarbeitenden- und Qualifikationsgespräche, Arbeitszeugnisse sowie Persönlichkeits- und Datenschutz. Im Kurs wird aufgezeigt, welche Mitgestaltungsmöglichkeiten die PV hat.

Arbeitsunfähigkeit – wie weiter?

D1.8.2217

2.–3. September 2022, Balsthal
Arbeitsunfähigkeit kann alle treffen und macht unglaublich verletzlich. Für Betroffene ist es in diesem Moment nicht einfach, die garantierten Leistungen zu beantragen und eine Übersicht über den Sozialversicherungsdschungel zu erhalten (Unfallversicherung UV, Krankenversicherung KV und Invalidenversicherung IV).

Gut informierte Arbeitskolleginnen und -kollegen sind in diesem Fall Gold wert: Sie verweisen Betroffene an die zuständigen Stellen und beantworten erste Fragen kompetent.

Digitale Überwachung am Arbeitsplatz

D1.7.2214

6. September 2022, Olten
«1984» von George Orwell wird Realität: Die Digitalisierung ermöglicht es den Arbeitgebenden, ihre Mitarbeitenden immer mehr zu überwachen. Mailverkehr oder Surfverhalten im Internet sind nur die Spitze des Eisbergs: GPS in Lieferwagen, Produktivitätskontrolle von Einzelnen am Arbeitsplatz sowie die Erfassung und Auswertung von Daten ermöglichen eine noch nie da gewesene Kontrolle. Der Kurs zeigt auf, wie sich Personalvertretungen und Gewerkschaften gegen diese Kontrollen im Betrieb, unterwegs oder zu Hause wehren können.

Weltweit verbunden – lokal verankert: Neue Ideen aus aktuellen Bewegungen

D1.8.2205

15.–16. September 2022, Schwarzenberg
Gewerkschaftsarbeit geschieht vor Ort und ist gleichzeitig Teil einer weltweiten Bewegung. Davon handelt dieser Kurs: Wer organisiert sich wie in den Weltmarktfabriken Asiens? Wie sind Gewerkschaften erfolgreich, auch wenn in ihrem Umfeld rechte Parteien Mehrheiten gewinnen? Wie steht der Frauen*streik in der weltweiten feministischen Welle? Und: Wie kann uns das alles beflügeln?

Protokollführung

D1.8.2211

15.–16. Oktober 2022, Schwarzenberg
Wer in Sitzungen und Besprechungen Protokoll führt, hat eine überaus wichtige Funktion: nämlich festzuhalten, was diskutiert und beschlossen wird. Das Protokoll ist ein unverzichtbares Informations- und Kontrollinstrument. Für die Protokollführenden ist es nicht einfach, Gehörtes rasch in angemessene schriftliche Form zu bringen. Es wird an praktischen Beispielen gelernt.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

AGENDA 2022

2./3. JULI 2022

Sommertagung «Gemeinsam Zukunft gestalten», Biel

27. AUGUST 2022

Kommunaltagung in Belp

31. AUGUST 2022

Delegiertenversammlung SP60+, Morges

3. SEPTEMBER 2022

a.o. Mitgliederversammlung der SP Migrant:innen, Bern

3. SEPTEMBER 2022

Webinar zu «Grenzen des Wachstums»

9. SEPTEMBER 2022

Energiestammtisch der SP Frauen, Bern

10. SEPTEMBER 2022

Gründungsversammlung SP queer, Bern

24. SEPTEMBER 2022

Herbstkonferenz SP60+, Genf

Europa-Tagung

7. OKTOBER 2022

Parteirat

22. OKTOBER 2022

Mitgliederversammlung der SP Frauen

29./30. OKTOBER 2022

Parteitag in Basel

Jetzt anmelden!

Aktuelle Infos unter

www.spschweiz.ch/agenda



KOMMUNAL-
POLITIK

ZUSAMMEN GEHT'S BESSER!

In den kleinen Gemeinden sind SP-Leute oft auf hartem Pflaster tätig. Umso wichtiger ist es, dass wir vernetzt bleiben. Ende Sommer findet deshalb bereits die dritte Ausgabe der SP-Kommunaltagung statt: Das «Netzwerk Kommunalpolitik» lädt am 27. August alle SP-Behördenmitglieder aus Versammlungsgemeinden nach Belp ein (Nähe Bern).

Im Zentrum des Anlasses steht dieses Jahr der «Service public», der öffentliche Dienst, der auch in den Gemeinden so wichtig ist: öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung, Post- und Bankdienstleistungen für alle Einwohner:innen. Als Hauptreferenten konnten wir Nationalrat Pierre-Yves Maillard gewinnen. Das Thema wird anschliessend in Workshops mit erfahrenen Kolleg:innen vertieft. Der Nachmittag ist der Zusammenarbeit in den Behörden und Kommissionen, dem Umgang mit Konflikten und dem Finden von Mehrheiten gewidmet.

Kommunaltagung der SP Schweiz in Belp (BE)

Samstag, 27. August 2022, 10–16 Uhr

Unkostenbeitrag: 40 Franken

Interessierte können sich bei rebekka.wyler@spschweiz.ch melden und erhalten Anfang Juli das definitive Programm.

GROUPS.SWISS



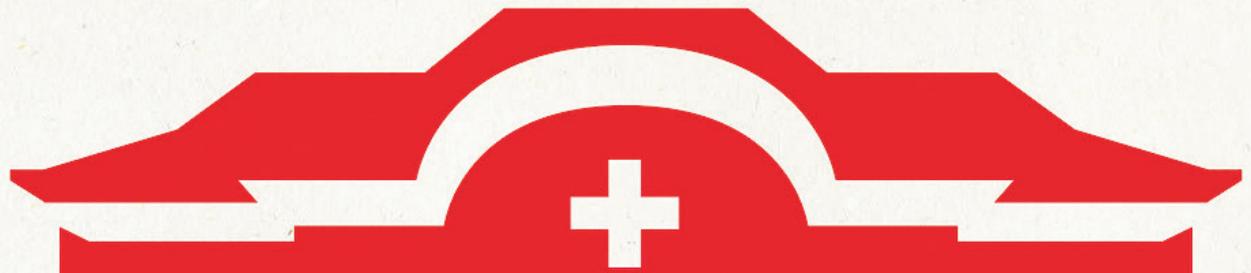
GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa
für Gruppen und Familien, Freizeit und Kurse

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00



SINB

INITIATIVE

**JETZT
INITIATIVE
UNTER-
ZEICHNEN**